

Wahlprüfsteine des JRK Westfalen-Lippe zur Wahl des 18. Landtags in NRW am 15.05.22

Frage 4: Wie gedenkt Ihre Partei den Ausbau von interkulturellen pädagogischen Angeboten zu unterstützen und wo sehen Sie Chancen und ggf. Hindernisse bei der nachhaltigen Installation vielfaltsfördernder Angebote in pädagogischen Wirkungsstätten?

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) is displayed in red text on a light gray rectangular background.

Die ehrenamtlich Tätigen benötigen Begegnungsorte wie Vereinshäuser oder Dorfgemeinschaftshäuser für ihre Arbeit, die Gesellschaft und für das Miteinander. Wir wollen dort Orte der Begegnung schaffen, wo heute noch keine vorhanden sind. Wir unterstützen die Vereine dabei, das Potenzial von Menschen mit Behinderung sowie von Menschen, die zugewandert sind, künftig noch stärker zu nutzen. Dafür braucht es u. a. barrierefreie und mehrsprachige Informationen über Vereine, deren Strukturen und Betätigungsfelder für Interessierte.

The logo of the Social Democratic Party (SPD) is displayed in white text on a red square background.

Wir stehen für eine offene und plurale Gesellschaft. Dies soll in unseren Bildungseinrichtungen gelebt werden. Wir bekämpfen jegliche Art von Diskriminierung, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Ethnischen Zugehörigkeit, Weltanschauung oder Hautfarbe auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt, im Alltag oder im Bildungswesen benachteiligt. Wir stehen für Zusammenhalt und Vielfalt. Besonders in den pädagogischen Einrichtungen wird der Grundstein dafür gelebt. Die bisherigen Erfolge werden wir stärken und ausbauen.

Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Diskriminierung oder anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten wir entschieden und konsequent entgegen. Ausgrenzung, Intoleranz und Hass dürfen keinen Platz in pädagogischen Wirkungsstätten haben. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass diese Themen nicht nur an besonderen Aktionstagen aufgearbeitet werden, sondern als dauerhaftes Konzept im Unterricht verankert sind. Dabei muss auch die Schulsozialarbeit vor Ort in die Konzepte integriert werden. Mit dem deutschlandweit einzigartigen Konzept des Kommunalen Integrationsmanagements vernetzen wir u. a. Ausländer- und Jugendämter, Schulämter, Kommunale Integrationszentren, Strukturen der Familienbildungs- und Familienberatung sowie gesellschaftliche Akteure und die Freie Wohlfahrtspflege vor Ort. Auf dieser Grundlage können interkulturelle Angebote in pädagogischen Wirkungsstätten weiterentwickelt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. Wir wollen deshalb Mehrsprachigkeit fördern und ihre Anerkennung in unserer Gesellschaft stärken, internationale Menschenrechtsbildung ausbauen und Organisationen und Vertretungen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärker fördern und einbeziehen. Ihre angemessene Repräsentation – insbesondere in öffentlichen Institutionen – ist eine Aufgabe, die wir mit Nachdruck vorantreiben werden. Auch der Umgang mit der gesellschaftlichen Realität von Mehrsprachigkeit, Inklusion, unterschiedlicher Herkunft und den Hintergründen der Schüler*innen verlangt spezielle Fertigkeiten und Kenntnisse. Wir werden außerdem Schwerpunkte in den Bereichen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, „Antidiskriminierung“ und „Politische Bildung“ legen und die Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt genutzt werden. Mehrsprachige Beratungs- und Betreuungsangebote von sozialen Akteuren sind bei der Förderung des interkulturellen Zusammenlebens enorm wichtig. Doch gerade im ländlichen Raum fehlen oftmals entsprechende interkulturelle Angebote. Hier gilt es, bedarfsgerechte Förderstrukturen zu schaffen, die die Etablierung pädagogischer Angebote in den Gebieten fördern, wo bisher noch wenige Angebote existieren. Zudem werden wir öffentliche Einrichtungen weiter verstärkt interkulturell öffnen, indem wir verbindliche und messbare Zielvorgaben in den Behörden etablieren.



Rechtliche Gleichstellung allein wird Vorurteile und gesellschaftliche Diskriminierung nicht beenden. Ausgrenzung findet in der Schule, im Elternhaus, im Sport, bei der Arbeit und in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens statt. Die ÖDP fordert den Ausbau von SCHLAU NRW (<https://www.schlau.nrw/>) und eine verpflichtende Fortbildung der Lehrenden und Schulsozialarbeit zu queerem Themenfeld. Die Fortbildung muss vermitteln, neben den schul- und entwicklungstypischen Besonderheiten, auch über Schutzräume, Anlauf- und Beratungsstellen, Förderung von queeren Organisationen, „Schule der Vielfalt“ und an dem NRW-Aktionsplan gegen Trans- und Homophobie informieren.
